

frage in China jedoch – u.a. auch aufgrund des verbesserten Produktionsstandards für diese Produkte im Inland – zurückgegangen ist. Daß außerdem für viele dieser Produkte die bestehende Vergünstigung beim Import durch Auslandsinvestoren Ende 1997 auslief, hatte ebenfalls zum Rückgang des Importvolumens beigetragen. (XNA, 5.2.98)

Aus der Sicht der EU-Statistik stellt sich die Außenhandelsentwicklung anders dar, allerdings stehen Zahlen für 1997 noch nicht zur Verfügung. Zwischen 1990 und 1996 erhöhten sich die EU-Exporte um 16,7% pro Jahr und stiegen von einem Volumen von 5,8 Mrd. ECU auf 14,7 Mrd. ECU. Allerdings nahmen die Importe aus China mit einem jährlichen Zuwachs von 17,6% noch mehr zu, und zwar von 11,4 Mrd. ECU auf rd. 30 Mrd. ECU. Während die EU 1990 erst ein Defizit im Handel mit China in Höhe von 5,6 Mrd. ECU aufweist, stieg der negative Saldo bis 1996 auf 15,3 Mrd. ECU. (Internet: <http://europa.int/search97cgi>)

Während des Weltwirtschaftsforums in Davos im Februar d.J. trafen Chinas stellvertretender Ministerpräsident Li Lanqing und Jacques Santer, Präsident der Europäischen Kommission, zu Gesprächen zusammen. Li Lanqing begrüßte den Vorschlag der Kommission, China von der Liste der Nicht-Marktwirtschaften zu streichen. Weiterhin ging es in den Gesprächen auch um Fragen des WTO-Beitritts Chinas. Li forderte die EU auf, gegenüber den verbleibenden Zutrittsfragen ein flexibleres, stärker pragmatisch ausgerichtetes und konstruktives Verhalten zu zeigen. (XNA, 3.2.98)

Eine „aktivere“ Gestaltung der Beziehungen zwischen der EU und China forderte der EU-Vizepräsident Sir Leon Brittan in einer Rede in London Anfang Februar d.J. Der für Außenhandelsfragen zuständige Vizepräsident wies darauf hin, daß die EU ihre Politik gegenüber China stets neu anpassen müsse. Die 1995 in einem Positionspapier der EU skizzierte Strategie solle jetzt verbessert werden, und er werde dazu auch in einigen Wochen Vorschläge machen.

Brittan zufolge sollten im Mittelpunkt der China-Strategie der EU eine Vertiefung des politischen Dialogs, eine schnellere Integration Chinas in die multilateralen und internationalen Strukturen und neue Programme der Zusammenarbeit stehen. Die EU soll sich nach Brittan stärker darum be-

mühen, Chinas weltpolitische Bedeutung anzuerkennen. (NfA, 6.2.98)

Während die EU sich stärker als zuvor bemüht, die wirtschaftlichen Beziehungen zu China zu stärken, läßt sich bei der Menschenrechtspolitik eher ein Zurückweichen feststellen. So kamen die EU-Außenminister Ende Februar darin überein, gegen China in der UN-Menschenrechtskommission keine Sanktionen zu beantragen. Während Frankreich, Deutschland, Großbritannien, Italien, Spanien und Griechenland gegen Sanktionen waren, da sie dadurch wirtschaftliche Benachteiligung auf dem chinesischen Markt befürchteten, hatte Dänemark Sanktionen durchsetzen wollen. (SZ, 27.2.98) -schü-

Binnenwirtschaft

22 Investitionsprogramm soll Wirtschaft stärker beleben

In einer Rede auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos Anfang Februar d.J. kündigte der stellvertretende Ministerpräsident Li Lanqing an, daß das Wirtschaftswachstum in diesem Jahr durch ein umfangreiches Investitionsprogramm belebt werden wird. Für 1998 wird ein Wirtschaftswachstum von 8% angestrebt, das mit ausgewählten Investitionsprojekten unterstützt wird. Mit öffentlichen Mitteln geförderte Projekte umfassen die Bereiche Bewässerung und Wasserversorgung und andere landwirtschaftliche Infrastrukturprojekte, der Bau von Eisenbahnen und Autobahnen und sonstigen Transporteinrichtungen, Umweltschutzprojekte, die Entwicklung von High-Tech-Industrien, die technologische Verbesserung der Unternehmen und der Wohnungsbau. Mit der Erhöhung der Investitionen erwartet Li Lanqing eine Zunahme der Arbeitsplätze und der Konsumnachfrage.

Eine große Wachstumschance stellt Li Lanqing zufolge das enorme Potential des inländischen Marktes dar. Die Nachfrage nach Konsum- und Investitionsgütern sei in den letzten Jahren stark gestiegen, es bedürfe jedoch besserer Absatzkanäle für diese Produkte im ländlichen Raum. Der große Konsumgütermarkt spiele eine Schlüsselrolle bei der Wirtschaftsentwicklung Chinas.

Li Lanqing wies in seiner Rede auch darauf hin, daß die weitere Entwicklung und Öffnung von Zentral- und Westchina geplant sei. Um Auslandsinvestitionen in diese Region zu bringen, müßten die Bedingungen dort verbessert werden. (Xinhua News Agency Domestic Service, Beijing, in Chinese, 1.2.98, nach SWB, FE/D3141/CNS, 3.2.98)

Über das Volumen der Infrastrukturprojekte bestehen in der Tagespresse unterschiedliche Angaben. Die *South China Morning Post* vom 2.2.98 berichtet zwar von der Ankündigung Li Lanqings, ein umfangreiches Infrastrukturprogramm einzusetzen. Dem Bericht zufolge soll der Minister jedoch keine näheren Angaben gemacht haben. Dagegen geben die *Nachrichten für den Außenhandel* vom 9.2.98 den Umfang des Programms mit 750 Mio. US\$ an. Diese staatlichen Investitionen seien in den verbleibenden drei Jahren für folgende Projekte bestimmt: Bau von 2.800 km Autobahnen, Ausbau von 80.000 MW zusätzlicher Kraftwerkskapazität, Bau von 16.000 km Eisenbahnstrecken sowie Verlegung von 17 bis 18 Mio. neuer Telefonleitungen.

In der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* vom 25.2.98 gibt es in zwei Artikeln unterschiedliche Angabe zum Volumen der Infrastrukturprojekte. So wird mit Bezug auf die *China Daily* und den Minister der Staatlichen Planungskommission Chen Jinhua an dieser Stelle ein Umfang von 8 Milliarden Yuan bzw. rd. 1 Mrd. Dollar genannt. An anderer Stelle wird sogar ein Betrag von 750 Mrd. Yuan bzw. 6200 Mrd. Yuan angegeben – wohl ein offensichtlicher Übertragungsfehler. Ebenfalls am 25.2.98 berichten die *Nachrichten für den Außenhandel* unter Berufung auf Chen Jinhua, daß es sich bei den 8 Mrd. Yuan um Investitionen im Rahmen des 8.Fünffjahresplanes bis zum Jahr 2000 handele, wobei in den ersten Jahren bereits 5 Mrd. Yuan investiert worden seien.

Zur Frage der Finanzierung des Investitionsprogramms wies Li Lanqing auf drei Möglichkeiten hin:

- Durch den Aufbau eines effizienteren Besteuerungssystems könnten die Steuern erhoben werden, die dem Staat auch zukämen.
- Mit Hilfe der hohen Sparquote der chinesischen Bevölkerung würden die Mittel bereitgestellt werden können, und

- durch Zufluß von Auslandskapital stünden Mittel zur Verfügung.

China zähle seit fünf Jahren zu den Ländern, die das zweithöchste Volumen der Direktinvestitionen aus dem Ausland anziehen konnten. (Xinhua News Agency Domestic Service, Beijing, in Chinese, 1.2.98, nach SWB, FE/D3141/CNS, 3.2.98)

Höhere staatliche Investitionen sollen einen Ausgleich für die zukünftig geringere außenwirtschaftliche Dynamik schaffen. Mit den Projekten ist auch die Erwartung an neue Arbeitsplätze verbunden, die aufgrund der geplanten Entlassungen in den staatseigenen Unternehmen dringend notwendig werden. (FAZ, 25.2.98) -schü-

23 Schlüsselprojekte des staatlichen Investbaus

Nach Angaben der Hongkonger Nachrichtenagentur Zhongguo Tongxun She wurden 16 Regionen für Schlüsselprojekte des staatlichen Investbaus ausgewählt. Im einzelnen wurden folgende Regionen für zukünftige Schlüssel-Investitionsprojekte genannt: (Zhongguo Tongxun She News Agency, Hongkong, in Chinese, 10.2.98, nach SWB, FE/W0525/CNS 18.2.98)

Region Zentral- und Süd-Liaoning (Nordostchina)

Hier soll sich die Entwicklung auf die Eisen- und Stahlindustrie und die verarbeitende Schwerindustrie und elektrische Ausrüstungen konzentrieren.

Region Beijing-Tianjin-Tangshan (Nordchina)

In dieser Region soll die Entwicklung der mechanischen und elektronischen Industrie und von High-Tech-Industrien gestärkt werden.

Region Shandong-Halbinsel (Ostchina)

Die Region wird ihren Entwicklungsschwerpunkt auf die Erdöl- und Fischereiindustrie legen.

Region Chang Jiang (Yangtse)-Delta (Region um Shanghai)

Diese Region soll die Entwicklung ihrer Schlüsselindustrien wie mechanische und elektronische Industrie, Petrochemie- und Automobilindustrie, High-Tech-Industrien und Dienstleistungsindustrien fördern.

Region Süd-Fujian-Delta (Südostchina)

Die Region konzentriert sich in erster Linie auf arbeitsintensive Industrien.

Region Perlfußdelta: (Südchina, Provinz Guangdong)

Bei gleichzeitiger Verbesserung ihrer arbeitsintensiven Industrien soll die Region ihre wirtschaftliche Integration mit Hongkong und Macao intensivieren.

Region Hainan-Beibu Wan (Golf von Tonkin)

Diese Region soll ihre reichen Ressourcen erschließen sowie von ihrer besonderen geographischen Lage für die außenwirtschaftliche Öffnung profitieren.

Produktionsstandort Hongshuihe für Energie und NE-Metalle

Hier soll ein nationaler Produktionsstandort für NE-Metalle aufgebaut werden.

Region Harbin-Changchun (Nordostchina)

Diese Region soll in erster Linie ihre petrochemische und Automobilindustrie fördern und den Technologiestandard der mechanischen und elektronischen Industrie verbessern.

Energiebasis Provinz Shaanxi (Südwestchina)

Hier soll sich die Entwicklung auf die Erschließung von Kohle- und Aluminiumressourcen konzentrieren sowie auf die Produktion von Energie für energiebedürftige Industrien in Ostchina.

Region Oberlauf des Chang Jiang (Yangtse, Zentralchina)

Diese Region soll in erster Linie die Entwicklung von Wasserkraftwerken, die Eisen- und Stahlindustrie, die NE-Metallindustrie, die Phosphor- und Chemiesalzindustrie fördern.

Region Zentral-Shaanxi (Südwestchina)

Hier soll sich die Entwicklung auf die mechanische und elektronische Industrie und die Verbesserung ihres Technologiestandards konzentrieren. Diese Region wird auch als geeignet für die Übernahme von Textilindustrien aus den Ostküstenprovinzen angesehen.

Region am Huang-He mit Lanzhou (Hauptstadt der Provinz Gansu) als Zentrum

Diese Region soll die Provinz Xinjiang (Westchina) mit Ausrüstungen für die Entwicklung der Erdölressourcen beliefern. Die Region wird als geeignet für die Übernahme der NE-Metall-, der metallurgischen und petrochemischen Industrie sowie der Kunststoffdünger-Industrie betrachtet.

Region im Norden des Tianshan (-Gebirges) mit Urumqi (Hauptstadt von Xinjiang) als Zentrum

Diese Region soll eine wichtige Pro-

duktionsbasis für die Übernahme der ostchinesischen petrochemischen und Textilindustrie werden.

Produktionsbasen der Metallurgie, Energie und Chemieindustrie in Westen von Panzhua, in Yunnan und Liupanshui in Guizhou (Südwestchina)

Diese Regionen sollen im wesentlichen ihre Energie-, Eisen- und Stahl-, NE-Metall- sowie Kunststoffdüngerindustrie entwickeln.

Wu Jiang-Energiebasis und Aluminium- und Phosphorbasis in Guizhou

Für diese Region ist in erster Linie die Entwicklung der Wasserkraft, Phosphor-Kunststoffdünger- und Aluminiumindustrie vorgesehen. -schü-

24 Ergebnisse der ersten nationalen Agrarerhebung

In dem ersten *National Agricultural Survey* wurde eine Bestandsaufnahme von Arbeitskräften und Ausrüstungen durchgeführt. Im folgenden sollen einige wichtige Ergebnisse vorgestellt werden.

1) *Arbeitskräfte in den ländlichen Gebieten*

Die Gesamtzahl der ländlichen Arbeitskräfte belief sich Ende 1996 auf 560,86 Mio. Davon waren 75,67% bzw. 424,4 Mio. Personen landwirtschaftliche Arbeitskräfte, während die restlichen 24,33% bzw. 135,44 Mio. als nicht-landwirtschaftliche Arbeitskräfte registriert waren.

Verteilt nach Regionen entfielen auf Ostchina 224,26 Mio. ländliche Arbeitskräfte (39,99%), auf Zentralchina 194,34 Mio. (34,65%) und auf Westchina 144,25 Mio. Arbeitskräfte (24,33%).

Dem Bericht nach leben und arbeiten 488,63 Mio. bzw. 87,12% der ländlichen Arbeitskräfte innerhalb ihrer Gemeinden. Die restlichen 72,266 Mio. bzw. 12,88% der Arbeitskräfte arbeiten außerhalb ihres Heimatortes. Die Gesamtzahl der Migranten teilt sich auf: 27,3 Mio. Personen, die außerhalb ihrer Gemeinde, aber innerhalb ihres Kreises arbeiten; 21,24 Mio. Personen, die außerhalb dieser Kreise, aber innerhalb ihrer Provinz arbeiten, und 23,64 Mio. Personen, die in anderen Provinzen als in ihrer Heimatprovinz arbeiten.

Da die Wirtschaft an der Ostküste stärker entwickelt ist, arbeiten in dieser Region mehr ländliche Arbeitskräfte außerhalb ihrer Gemeinden, und der prozentuale Anteil der Mi-

granten ist hier höher. Dagegen sind die ländlichen Arbeitskräfte in Zentral- und Westchina weniger mobil, und ihr Anteil an der Bevölkerung ist auch geringer.

2) Wissenschaftler, Techniker und Agrarexperten

Dem Bericht nach gab es Ende 1996 rd. 2,717 Mio. Arbeitskräfte in den ländlichen Gebieten, die als Wissenschaftler und Agrartechniker beschäftigt waren. Ihr Anteil lag bei 0,64% der gesamten landwirtschaftlichen Arbeitskräfte. Die Agrarexperten verteilten sich wie folgt: 2,045 Mio. im Ackerbau, 382.000 in der Viehzucht, 163.000 in der Forstwirtschaft und 127.000 in der Fischzucht.

Die Gesamtzahl der Agrarexperten belief sich auf 2,410 Mio., pro Dorf gab es damit durchschnittlich 3,2 Experten. Von der Gesamtzahl waren 858.000 Personen Mechaniker, 552.000 Personen in der Wasserverwaltung und rd. 1 Mrd. Personen in der Elektrizitätsverwaltung. Um das Niveau von Wissenschaft und Technologie zu erhöhen, haben 1996 5,3% der gesamten landwirtschaftlichen Arbeitskräfte Fortbildungsseminare besucht.

3) Ausstattung mit Agrarmaschinen

Die Zahl der großen Agrarmaschinen (große Traktoren (677.800) und kleine Traktoren (11,795 Mio. Stück), der kombinierten Erntemaschinen (113.400), motorbetriebenen Dreschmaschinen (7,5 Mio. Stück) und der Transportfahrzeuge (4,588 Mio Stück) für die landwirtschaftliche Nutzung belief sich Ende 1996 auf rd. 24,696 Mio. Stück. (Xinhua News Agency, Domestic Service, Beijing, in Chinese 12.1.98, nach SWB FE/D3141/3.2.98)-schü-

25 Umweltprobleme in vielen Provinzen

In verschiedenen Berichten der chinesischen Tagespresse wird auf Umweltprobleme hingewiesen sowie auf erste Maßnahmen, diese zu lösen. So berichtet die *Zhejiang Ribao* beispielsweise, daß in den Provinzen Henan, Anhui, Jiangsu und Shandong mehr als 1.500 Fabriken existieren, die rd. 100 t umweltgefährdende Stoffe täglich in den Huai He-Fluß einleiten. Von diesen „Dreckschleudern“ liegen 385 in der Provinz Jiangsu, 566 in Henan, 308 in Anhui und 303 in Shandong. Gegen Ende 1997 hatten lediglich rd. 60% der Unternehmen Umweltschutz-Kontrollsysteme eingeführt, 10,4% der Unterneh-

men waren geschlossen worden und die restlichen waren noch damit beschäftigt, den Umweltschutz zu verbessern.

Ein weiteres Beispiel für die Einleitung von verseuchten Abwässern wird aus der Autonomen Region Guangxi berichtet. Auf einer Strecke von 3,7 km wurde der Xinguang-Fluß durch ein Goldbergwerk verschmutzt, so daß sowohl das Flußwasser für die Bewässerung sowie als Trinkwasser schwerwiegend beeinträchtigt worden waren. Die Kreisregierung mußte letztlich die Goldmine schließen. Auch in der Provinz Jiangsu hat sich die Frage der Wasserverunreinigung zuspitzt. Die Lokalregierung mußte 13 Flüsse in der Provinz in ein staatliches Umweltschutz-Kontrollprojekt einbeziehen, um die Wasserqualität verbessern zu können.

In der Stadt Nanjing haben die Lokalbehörden Ende Dezember 1997 Vorschriften über die Genehmigung von Einleitungen in Flüsse verabschiedet. Den Bestimmungen nach müssen bei Einleitungen erst Genehmigungen bei den zuständigen Behörden beantragt werden. Diese werden von der Qualität des eingeleiteten Wassers abhängig gemacht.

Eine Maßnahme zur Verbesserung der Luft wurde vor kurzem von der Chongqinger Regierung beschlossen. So wurde den 594 Restaurants, Freizeitzentren und anderen Dienstleistungseinrichtungen in der Stadt zur Auflage gemacht, Kohle durch andere Energiearten zu ersetzen. (*Regional Environmental Protection Reports*, in: SWB FE/D3137/CNS, 29.1.98)

Daß die chinesische Regierung bei der Lösung ihrer Umweltprobleme auch stark auf ausländische Unterstützung setzt, wurde auf dem im Dezember 1997 in Beijing veranstalteten Umwelt-Symposium „China-Europe International Conference“ deutlich. Hier wurden insgesamt 1.591 Projekte vorgestellt, die in den nächsten drei Jahren den negativen Trend der Umweltbelastung und -zerstörung aufhalten und umkehren sollen. Die Projekte konzentrierten sich vor allem auf die Eindämmung der Wasserverschmutzung in den Flüssen Huaihe und Liaohé sowie in den großen Seen Dianchi, Chaohu und Taihu. Weiterhin stand die Reduzierung der Luftverschmutzung durch Kontrolle der Kraftwerksemissionen und der Emissionen der metallverarbeitenden Industrie im Vordergrund. (NfA, 19.2.98)-schü-

SVR Hongkong

26 Vorsitzender des NVKs, Qiao Shi, besuchte Hongkong

Vom 10.-15. Februar 1998 besuchte der im März aus dem Amt scheidende Vorsitzende des Nationalen Volkskongresses, Qiao Shi, die SVR Hongkong. Er traf sich zu Gesprächen mit Hongkongs Verwaltungsdirektor Tung Chee-hwa, mit anderen hochrangigen Regierungsmitgliedern der SVR und Institutionen des Festlandes sowie mit Abgeordneten des NVK. Zusätzlich besuchte er einige Infrastrukturprojekte, wie den neuen Flughafen in Chek Lap Kok.

In seinem Gespräch mit Funktionären der Nachrichtenagentur Xinhua, die Funktionen einer inoffiziellen Vertretung Beijings in Hongkong wahrnimmt, sowie mit Angehörigen der Nationalen Volksarmee (NVK) und mit festländischen Unternehmern aus der Wirtschaft forderte er diese auf, die Regierung der SVR zu unterstützen und zu respektieren. Alle Repräsentanten der VR China in Hongkong sollten sich an das geltende Recht sowie die politische Richtlinie „ein Land, zwei Systeme“ halten. Eingriffe in Angelegenheiten, die in die Zuständigkeit der SVR fallen, seien zu unterlassen. Qiao appellierte an die festländischen Vertreter, zu Hongkongs Stabilität und wirtschaftlichem Erfolg beizutragen. (XNA, 11.2.98)

Während des Treffens mit den SVR-Abgeordneten im NVK versicherte Qiao, daß sich Chinas Hongkong-Politik in den nächsten 50 Jahren nicht ändern werde. Das Rechtssystem werde ebenfalls für mindestens 50 Jahre aufrechterhalten bleiben. Das System des NVK ist seiner Meinung nach ein Hauptpunkt des gegenwärtigen chinesischen politischen Systems. Die Delegierten Hongkongs sollten sich in diesem Rahmen für die Stabilität und Entwicklung der SVR einsetzen. (XNA, 12.2.98; *Ming Bao*, 13.2.98, nach SWB, 16.2.98)

In dem Gespräch mit dem SVR-Regierungschef Tung Chee-hwa lobte Qiao diesen für die gute Führung der SVR-Regierung und die stabile wirtschaftliche Lage der Region trotz der Finanzkrise in Südostasien. (XNA, 12.2.98, 13.2.98)